RP ONLINE

Steinkohlebergbau

Kontroverse über Folgen des Bergbaus

25. Juli 2019 um 07:00 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Das Gelände des stillgelegten Bergwerk West in Kamp-Lintfort (Archivfoto). Foto: dpa/Roland Weihrauch

Rheinberg. Es gibt keine Genehmigung für die Einleitung von PCB, sagt die Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener.

Von **Uwe Plien**

Die RAG hat die zuvor von Diplom-Ingenieur Burkhard Reder aus Alpen geäußerten Vorwürfe zur Gefahr durch Grubenwasser zurückgewiesen. „Teilweise hat sie Recht, so gibt es etwa durch die Untertageverbringung von Giftmüll keine akute Gefahr, die tritt erst in 8000 Jahren auf“, sagt Ulrich Behrens, Sprecher der Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener (SGB), nun dazu. „Das würde ausführlich durch Gutachten untersucht.“ Zur Wahrheit gehöre auch, dass es für die laufende Einleitung von PCB keine Genehmigung gebe und jährlich mehrere Millionen Tonnen Salz in Ruhr, Lippe und dann in den Rhein gelangten. Behrens: „Durch das Ansteigen des Grubenwassers wird viel Methan freigesetzt werden, was vielfach klimaschädlicher als CO_2 ist.“

Auch seien weitere Bergschäden möglich. Wahr sei zudem, dass auf dem Gelände der Landesgartenschau in Kamp-Lintfort im Bereich der ehemaligen Kokerei eine Art von Sondermülldeponie errichtet worden ist, so der SGB-Sprecher. „Alle giftigen Überbleibsel des Bergwerks sind dort aufgeschichtet und sollen dort ewig v[illegible]en. Das führt nebenbei dazu, dass Unmengen von Grundwasser abgepumpt, aufwändig gereinigt und [illegible]der in den Untergrund gebracht werden müssen, auf alle Ewigkeit hin.“

Ulrich Behrens ist Sprecher der SGB. Foto: Alexander Florié-Albrecht (aflo)

Unterdessen wundert sich RP-Leser Reinhard Bassier darüber, wie Reder seine Sorgen über die langfristigen Folgen des Bergbaus „apokalyptisch“ formuliert habe. Es sei schlicht falsch zu behaupten, dass durch die Flutung der Bergwerke an der Ruhr eine „salzhaltige, übelriechende Brühe“ an die Erdoberfläche aufsteige, so der promovierte Ingenieur. Bassier: „Wenn damit die jetzt gepumpten Grubenwässer gemeint sind, dann fehlt der Hinweis auf eine Alternative zum Pumpbetrieb. Denn Nicht-Pumpen heißt Fluten. Und der dauerhafte Abstand zu den Grundwasserleitern ist Maxime aller wasserrechtlichen Genehmigungskonzepte.“ In aktuellen Gutachten von überwiegend bergbaukritischen Gutachtern für das Land NRW werde zudem nachgewiesen, dass die in den 90er Jahren (mit Wissen und Zustimmung der damaligen Landesbehörden) eingelagerten Verbrennungsaschen keine unzulässige Gefährdung der heutigen Biosphäre darstellten. „Ich würde mir mehr Sorgen dort machen, wo die gleichen Reststoffe in übertägigen Deponien noch viele Jahrhunderte vor sich haben“, so Bassier. Flutung und Anstieg des Grubenwasserniveaus führten zu einer geringen großflächigen Hebung. Das Bergschadenspotential an Gebäuden sei entsprechend gering. Messungen in ehemaligen Bergbauregionen wie an der Saar bestätigten das.

Der Bergbau habe am Niederrhein dauerhafte und durchaus kritische Folgen hinterlassen, macht Bassier deutlich: „Wir leben seit Jahrzehnten in einem großen Poldergebiet, wo Hochwasserschutz – durch die Deichverbände – und Pumpbetrieb – durch die Lineg – sensible Daueraufgaben bleiben werden. Und er hat Schäden an Gebäuden usw. verursacht, die vom Verursacher beseitigt wurden oder werden müssen. Meist nicht angenehm, aber ein lösbares Thema. Aber er hat keine verwüstete, vergiftete und unbewohnbare Landschaft hinterlassen.“